



Oft illegal und rechtlos: Haushaltshilfe

Migrantinnen füllen Versorgungslücke

Kiel. Hier der Broterwerb, dort die Kinder, der pflegebedürftige Vater, Haus und Hof - immer häufiger ist das nicht mehr unter einen Hut zu bekommen. Da ist man froh, wenn man eine Hilfe findet, die bezahlbar ist und allzeit einsetzbar: die ältere Frau aus Polen für die demenzkranke Mutter, das au pair für die Kinder, die junge Asiatin für den Haushalt. Dass es sich oft um illegale Beschäftigung handelt, ist weithin akzeptiert. Doch was bedeutet das für die Beschäftigten?

Von Helke Stüben

Laut Bundesfamilienministerium haben sich die Privathaushalte fast unbemerkt zum Sektor mit dem höchsten Anteil an ungeschützter, illegaler Beschäftigung entwickelt. Vier Millionen Haushalte, so die Schätzung von Experten, nehmen eine bezahlte Hilfe in Anspruch. „90 Prozent dieser Haus- und Fürsorgearbeit wird inzwischen von Migrantinnen verrichtet“, sagte Katrin Englert von der Universität Siegen auf einem Fachtag des Nordelbischen Frauenwerkes in Kiel. Als Problem wird das in der Öffentlichkeit aber kaum wahrgenommen. Vielmehr herrscht die Sichtweise vor, dass hier zwei Parteien in Notlagen geholfen wird - einerseits den Frauen mit einer Versorgungslücke, andererseits jenen Frauen, die dringend für sich und ihre Familie eine Verdienstmöglichkeit suchen. Doch diese Sichtweise verschleiert für Englert „die Machtungleichheiten und Ausbeutungsverhältnisse zwischen den Frauen“. Denn nur ein Prozent der Haushalts- und Pflegehilfen arbeiten in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

In der Mehrheit geht es um illegale schwarze Arbeit. Damit riskiert der Arbeitgeber zwar immer mindestens eine Geldstrafe - es muss aber nicht automatisch ein Ausbeutungsverhältnis bedeuten. Doch dieses Risiko ist vor allem für jene Migrantinnen hoch, die keine Aufenthaltserlaubnis und keine Arbeitserlaubnis haben. Sie müssen oft ohne Arbeitsvertrag, ohne angemessenen Lohn, ohne Krankenversicherungsschutz und soziale Absicherung arbeiten. Um sich zu wehren, fehlen ihnen Sprachkenntnisse, Informationen, Geld und schließlich eine andere Bleibe. Hinzu kommt die Angst vor

Strafe und Abschiebung.

Doch selbst wenn die Frauen aus den EU-Beitrittsländern Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien oder Ungarn kommen und deshalb eine Arbeitserlaubnis haben, können sie in die Falle tappen. Das zeigt einer der Fälle aus Schleswig-Holstein, die bei contra, der Fachstelle gegen Frauenhandel, landeten.

Ein Bekannter hatte die Frau aus einem der EU-Beitrittsländer nach Schleswig-Holstein vermittelt. Hier sollte sie die beiden Kinder einer alleinerziehenden, berufstätigen Mutter betreuen. Entlohnung: pro Woche 100 Euro, dazu Unterkunft und Verpflegung. Laut deutschem Arbeitsschutz hätte sie maximal 48 Stunden pro Woche arbeiten dürfen und mindestens 24 Werktage Urlaub im Jahr bekommen müssen. „Tatsächlich musste sie Tag und Nacht für die Kinder da sein, weil die Mutter immer fort war“, berichtete Jozefa Paulsen von contra. „In der Zwei-Zimmer-Wohnung lebte noch eine illegale Migrantin, die ein weiteres Baby betreute - zeitweise also vier Erwachsene und drei Kinder. Die beiden Kinderfrauen hielten sich nur dort, im Supermarkt und auf dem Spielplatz auf.“ Als die Frau aus dem EU-Staat nach zwei Monaten Lohn verlangt habe, sei sie hinausgeworfen worden. Doch sie konnte ihre Arbeitszeiten nicht nachweisen, die Migrantin wollte aus Angst nicht aussagen. Zudem hatte die Frau aus Unwissenheit bei der Polizei nicht direkt Strafanzeige gestellt. Das Risiko, einen Prozess zu verlieren und die Kosten tragen zu müssen, konnte sie nicht eingehen: Sie fuhr in ihre Heimat zurück, ohne einen Cent Lohn.

■ contra hilft Frauen unter Telefon 0431-55 77 91 91, www.contra-sh.de